N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Kreistag

am 19.05.2009

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Klaus-Dieter Brökling
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer

Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Anja Jonasson-Schmidt
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Leo Klempert
Helmut Krause
Hartmut Marks
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Hanne-Luise Schacht
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn

Marc Elsbeck
Michael Klostermann
Jürgen Bliese

von der Verwaltung	Gäste und Zuhörer-/innen
Herr Kreisdirektor Stratmann	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Timpe, Dez. II	Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Sparbrod, Dez. III	Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Hahn, Dez. IV	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Schiebold, L KfP	Beschäftigte der ADU
Herr Göpfert, Büro Landrat	weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger
Frau Waßen, Schriftführerin	Vertreter der Presse
	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Anschließend werden Frau Jonasson-Schmidt als Nachfolgerin des verstorbenen Kreistagsmitglieds Frau Schwarz sowie Herr Bliese und Herr Haustein als Nachfolger der ausgeschiedenen Kreistagsmitglieder Frau Zubrytzki und Herr Sieger formell verpflichtet.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

051/09

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht Münster

Punkt 3

054/09

Ersatzwahlen

Punkt 4

032/09

Abberufung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Punkt 5

049/09
Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012

Punkt 6
033/09
Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2009

Punkt 7
019/09
Abnahme der Jahresrechnung 2007 und Entlastung des Landrates

Punkt 8
050/09
9. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Punkt 9
027/09
Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna vom 03.01.2005
- Rückübertragung bei der Verfolgung von (Unterhalts-) Ansprüchen nach § 93 und 94 SGB XII -

Punkt 10
030/09
Wohnberatung;
Fortführung der Finanzierung

Punkt 11
018/09
Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 12
053/09
Konjunkturpaket II

Punkt 13
012/09
Bauliche Maßnahmen an der Westicker Str. (K40) Lindenstr.(L 821) in Kamen
- Vereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW -

Punkt 14

035/09

Modernisierung der Ausstattung der Berufskollegs des Kreises Unna für das Jahr 2009

Punkt 15

192-1/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

Punkt 16

055/09

Aufklärungskampagne zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN -

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 18

029/09

Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Punkt 19

044/09

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages für die Außenanlagen -

Punkt 20

024/09

Anzeige von Nebentätigkeit des Landrates gemäß § 18 Abs. 2 Korruptionsgesetz NRW

Punkt 21

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 2

051/09

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht Münster

Beschluss

In die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster für die Wahlzeit vom 01.02.2010 bis zum 31.01.2015 werden aufgenommen:

1. Herr Dieter Drescher
2. Frau Manuela Veit
3. Frau Elke Middendorf
4. Herr Helmut Krause
5. Frau Gabriele Wentzek
6. Herr Lothar Röhrich

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

054/09

Ersatzwahlen

Wahl

1. Als Nachfolger/in der verstorbenen Kreistagsabgeordneten Elisabeth Schwarz wird

   Wolfgang Barrenbrügge als **ordentliches Mitglied** in

   - die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Unna, der Stadt Unna und der Gemeinde Holzwickede und

   der sachkundige Bürger **Dr. Norbert Katte** als **ordentliches Mitglied** in

   - die Mitgliederversammlung der Anonymen Drogenberatung Unna e.V.

   entsandt und

   Hans-Georg Winkler als **ordentliches Mitglied** in

   - den Lenkungsausschuss der ARGE Kreis Unna

   gewählt und

Anja Jonasson-Schmidt als **ordentliches Mitglied** in

- den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie,
- den Schulausschuss

sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

- den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz,
- den Gleichstellungsausschuss,
- den Rechnungsprüfungsausschuss

gewählt.

2. Als Nachfolgerin für den sachkundigen Bürger Wolfram Weber wird
   Anja Jonasson-Schmidt als **ordentliches Mitglied** in
   - den Bau- und Technikausschuss

   gewählt.

3. Als Nachfolger für den sachkundigen Bürger Dominik Happ wird der bisher stellvertretende sachkundige Bürger **Gerd Greczka** als **ordentliches Mitglied** in
   - den Schulausschuss

   gewählt.

4. Als Nachfolger für den sachkundigen Bürger Detlef Knop wird **Gero Heinrich Bangerter** als sachkundiger Bürger zum **stellvertretenden Mitglied** in
   - den Natur- und Umweltausschuss

   gewählt.

5. Als Nachfolger für den sachkundigen Bürger Christoph Dammermann wird **Michaela Neuhaus** als sachkundige Bürgerin zum **stellvertretenden Mitglied** in
   - den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften

   gewählt.

6. Als Nachfolger für den sachkundigen Bürger Christian Illmer wird **Wolfgang Schilken** als **stellvertretendes Mitglied** in
   - den Bau- und Technikausschuss

   gewählt.

7. Als Nachfolger der zum 31.03.2009 aus dem Kreistag ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Christina Zubrytzki wird
   Jürgen Bliese als **ordentliches Mitglied** in
   - den Kreisausschuss,
   - den Gleichstellungsausschuss,
   - den Ausschuss für Planung und Verkehr und
   - den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

   sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

- den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz und
- den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften

gewählt

und als **stellvertretendes Mitglied** in

- die Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU)

entsandt.

8. Als Nachfolger des zum 27.04.2009 aus dem Kreistag ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Jörg Sieger wird

   Hans-Michael Haustein als **ordentliches Mitglied** in

   - den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz,
   - den Natur- und Umweltausschuss und
   - in den Wahlprüfungsausschuss

   sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

   - den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie,
   - den Bau- und Technikausschuss und
   - den Beirat für Feuerwehr- und Bevölkerungsschutz

   gewählt

   und als **ordentliches Mitglied** in

   - den Beirat der ARGE Kreis Unna

   sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

   - das Kuratorium der Biologischen Station im Kreis Unna,
   - die Gesundheitskonferenz des Kreises Unna und
   - die Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG)

   entsandt.

9. Als Nachfolgerin des zum 27.04.2009 aus dem Kreistag ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Jörg Sieger wird

   Simone Symma als **ordentliches Mitglied** in

   - das Kuratorium des AWO-Seniorenzentrums in Lünen-Brambauer

   entsandt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig gewählt

Punkt 4

032/09

Abberufung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Frau Brunhilde Graas wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

049/09

Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012

Erörterung

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass der Kreisausschuss in seiner gestrigen Sitzung den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Beschlussvorschlag aufgenommen habe.

Frau Müller-Hinz führt aus, dass der Kreis Unna über eine beispielhafte psychosoziale Versorgung verfüge. Die Kontaktstellen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen seien hierbei so etwas wie ein Herzsstück dieser Versorgung. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei sehr daran gelegen, auch mit dem Wechsel der Finanzierung zum LWL die Unabhängigkeit, die Vielfältigkeit und insbesondere die Niedrigschwelligkeit der Kontaktstellen zu erhalten. Mit dem Antrag wolle man sich dafür einsetzen, dass es nicht zur Einschränkung von Zugangsberechtigungen komme. Darüber hinaus sollten die Besucher auch künftig über die wahrgenommenen Angebote und die Besuchsfrequenz selbst entscheiden können.

Herr Gabriel erklärt für die Gruppe DIE LINKE., dass man der Vorlage und auch dem Antrag nicht zustimmen werde. Dabei gehe es nicht um die Inhalte sondern vielmehr um einen Protest gegen Bund und Land, deren Aufgabe es sei, für eine auskömmliche Ausstattung der Kommunen zu sorgen.

Frau Cziehso betont, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die ausdrückliche Unterstützung der SPD-Fraktion erhalte. Schließlich werde durch die Beratungsstellen sicher gestellt, dass psychisch kranke Menschen mit der entsprechenden Hilfe sehr lange in ihrem häuslichen gewohnten Umfeld leben könnten. Würde man dieses Angebot nicht mehr vorhalten, würden die Menschen verstärkt im Betreuten Wohnen oder in Heimen untergebracht. Dies sei nicht gut für die Betroffenen und führe zusätzlich zu einem Kostenanstieg, den auch der Kreis über die Landschaftsverbandsumlage mittragen müssen. Entsprechend würden sich die SPD-Vertreter in der Landschaftsversammlung für die Beratungsstellen einsetzen.

Die CDU-Fraktion werde nach Aussage von Herrn Jasperneite dem Haushaltssicherungskonzept ebenfalls zustimmen, wenngleich die Finanzstrukturkommission entgegen der Beschlussfassung des Kreistages bei der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht einbezogen worden sei. Denn die Aufstellung erfolgte allein durch die Kreisverwaltung. Entsprechend fänden sich dort nachvollziehbare Zahlen, die aber nur bedingt einen neuen Sparwillen darstellen würden. Um einen vom Regierungspräsidenten genehmigten Haushalt zu erlangen und damit als Kreis wieder handlungsfähig zu sein, wolle man sich diesem Haushaltssicherungskonzept aber nicht verschließen. Er wolle noch einmal klar stellen, so Herr Jasperneite weiter, dass aufgrund dieses Beschlusses das vorhandene negative Eigenkapital über die Zeitdauer des

Haushaltssicherungskonzeptes ausgeglichen werden müsse. Schließlich sei die Ausweisung von negativem Eigenkapital bei der Eröffnungsbilanz überhaupt nicht vorgesehen und man befinde sich derzeit in einem rechtswidrigen Zustand. Entsprechend müsse man den kreisangehörigen Kommunen in den kommenden Jahren mehr Geld abverlangen, als für die Kostendeckung erforderlich sei. Aus Sicht der CDU-Fraktion weise das Haushaltssicherungskonzept zudem hohe Risiken auf, weil gerade mit Blick auf die Konjunkturrisiken im nächsten Jahr hier noch massiv nachgesteuert werden müsse.

Herr Landrat Makiolla betont, dass der Regierungspräsident als zuständige Kommunalaufsicht das Haushaltssicherungskonzept ausdrücklich nicht für rechtswidrig halte, sondern es in dieser Form vom Kreis Unna geradezu abverlangt habe.

Beschluss

Das Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich im Rahmen der Verhandlungen zur Zielvereinbarung zwischen dem LWL und dem Kreis Unna die Fortschreibung der Zuwendungen für den Betrieb der vier bestehenden Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke im Kreis Unna verbindlich zu vereinbaren. Die Zuwendungen sind in voller Höhe an die Träger der Kontakt- und Beratungsstellen zu leisten.

Voraussetzung für diese Projektförderung ist die Übernahme der Vertragsabsprachen, die bisher zwischen dem Kreis Unna und den Trägern der Kontaktstellen für psychisch Kranke bestehen. Dabei ist die Beachtung der Standards und Qualitätsmerkmale, wie sie in der Leistungsbeschreibung für die Kontaktstellen festgelegt sind, zwingend zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 6

033/09

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2009

Der Kreistag nimmt den Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2009 zur Kenntnis.

Punkt 7

019/09

Abnahme der Jahresrechnung 2007 und Entlastung des Landrates

Erörterung

Herr Senkel berichtet, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 30.03.2009 empfohlen habe, die Jahresrechnung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2007 anzuerkennen und dem Landrat Entlastung zu erteilen. Dieser Empfehlung habe sich der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 18.05.2009

angeschlossen.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2007 wird vom Kreistag anerkannt.
2. Die Kreistagsmitglieder beschließen, dem Landrat Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

050/09

9. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass in der Sitzung des Kreisausschusses die laufende Nummer 13 der Änderungssatzung (Benutzung von Turnhallen) ausgeklammert und die Entscheidung in die Finanzstrukturkommission verwiesen worden sei.

Frau Cziehso stellt fest, dass in der Finanzstrukturkommission die Möglichkeit bestünde, das Thema Turnhallennutzung noch einmal genau zu recherchieren. Dabei gehe es besipielsweise um Fragen nach der Größenordnung oder auch der Auswirkungen, die mit einer solchen Gebühr verbunden seien. Der Antrag der SPD-Fraktion und auch seine Intention sollten dabei allerdings aufrecht erhalten bleiben.

Herr Senkel erinnert daran, dass das eben beschlossene Haushaltssicherungskonzept gleichzeitig bedeute, dass der Kreis über mehrere Jahre Überschüsse erzielen müsse. Insofern werde man unter Berücksichtigung der Auswirkungen der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Finanzstrukturkommission nicht umhin kommen, harte Beschlüsse auf den Weg zu bringen. Dies sollte man bei der Diskussion über die Benutzung von Turnhallen nicht außer acht lassen.

Herr Gabriel erklärt für die Gruppe DIE LINKE., dass man der Vorlage nicht zustimmen werde. Die Erhöhungen würden im Schnitt über 100 Prozent betragen, was den Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna nicht zuzumuten sei.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die 9. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna unter Berücksichtigung der im Gebührentarif vorgenommenen textlichen Änderungen und mit den in der Spalte „Gebühren neu“ ausgewiesenen Beträgen ohne die im Satzungstext aufgeführte laufende Nr. 13 (Benutzung von Turnhallen).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (3 Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE. und des Kreistagsmitgliedes der STATT-Partei)

Punkt 9

027/09

Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna vom 03.01.2005
- Rückübertragung bei der Verfolgung von (Unterhalts-) Ansprüchen nach § 93 und 94 SGB XII -

Beschluss

Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna vom 03.01.2005 wird geändert und in der als Anlage beigefügten Fassung neu erlassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

030/09

Wohnberatung;
Fortführung der Finanzierung

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass sich Frau Schwarzer sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen erklärt und an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehme.

Beschluss

- Der zur Weiterführung und Sicherung der Wohnberatung bis zum 31.12.2009 notwendige zusätzliche Gesamtzuschuss des Kreises Unna in Höhe von maximal 18.000,00 € ist überplanmäßig bereitzustellen.
- Über die Weiterführung der Wohnberatung in den Folgejahren ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 bzw. im Zusammenhang mit der Errichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna erneut zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

018/09

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Auf entsprechende Frage von Herrn Gabriel erklärt Herr Landrat Makiolla, dass die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet die spezielle Aufgabe habe, Ziel 2-Programme zu aquirieren. Das gehe nur über diese Einrichtung und nicht über die Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH. Eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit dieser Strukturen erübrige sich an dieser Stelle, da sie durch die Landesregierung vorgegeben worden seien. Wenn man sich nicht an der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet beteiligen würde, hätten insbesondere die Qualifizierungsträger keinen Zugriff auf Mittel aus dem Ziel 2-Programm der Europäischen Union, die über das Land Nordrhein-Westfalen in die Region hinein fließen würden.

Frau Cziehso macht deutlich, dass mit diesem Beschluss zunächst einmal die Struktur sichergestellt werden solle. In der Zwischenzeit wolle man die Instrumente des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes untersuchen und dort, wo es möglich sei, zusammen fassen.

Beschluss

Der Kreistag beschließt

1. den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
   Die Verwaltung wird beauftragt, die bisher verteilten Kompetenzfelder unter einer neuen Entwicklungsstrategie der „integrierten Entwicklungspolitik mit Berücksichtigung folgender Politikfelder, wie
   - Arbeitsmarktpolitik
   - Wirtschaftsförderung (Existenzgründung, Kleinunternehmen, Frau und Beruf)
   - Klimaschutz und erneuerbare Energien
   - Weiterbildung
   - Bildungspolitik
   - Familienpolitik (demographischer Wandel, Seniorenpolitik, Kinder und Jugend)
   - Migrationspolitik
   - Integration behinderter Menschen
   - Planung und Verkehr

   in einem übergreifenden Konzept darzustellen.
2. den Antrag der SPD-Fraktion:
   Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Instrumente und Strukturen insbesondere im Zusammenhang mit europäischen Förderprogrammen im Kreis Unna vorzunehmen. Eine Berichterstattung darüber erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2009.
   Auf Grundlage des Berichts erfolgt eine Neuaufstellung und Bündelung der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Aktivitäten des Kreises im Kontext mit der Wirtschaftsförderung im Kreis Unna.

   Ein entsprechendes Konzept erarbeitet die Verwaltung zusammen mit Politik, Experten und Sachverständigen. Die Durchführung von Workshops unterstützt und fördert diesen Entscheidungsprozess. Der Sozialausschuss und der Ausschuss für Planung und Verkehr begleiten und beraten.
   Die Umsetzung erfolgt spätestens zum 01.01.2011.

   und genehmigt

3. folgenden vom Kreisausschuss am 23.03.2009 gem. § 50 Abs. 3 Satz KrO NRW im Wege äußerster Dringlichkeit gefassten Beschluss:

   1. Die bisherige Umsetzung der regionalisierten Arbeitspolitik wird zur Kenntnis genommen.

   2. Die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird für die Zeit vom 01.04.2009 bis 31.12.2010 fortgeführt.

   3. Die bisherigen Organisationsstrukturen werden beibehalten und die Gültigkeit der öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird bis zum 31.12.2010 verlängert.

   4. Der Kreis Unna trägt für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die nach der Landesförderung nicht gedeckten Personal- und Sachkosten in Höhe von rund 230.080 Euro für die Jahre 2009 und 2010. Entsprechende Mittel werden im Haushalt des Kreises zur Verfügung gestellt.

   5. Sollte für das Jahr 2010 die angekündigte Bewilligung der Landesförderung nicht erfolgen, gelten die unter 1. - 4. genannten Beschlüsse nur für das Jahr 2009.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

053/09

Konjunkturpaket II

Erörterung

Herr Schilken erinnert an den Kreistagsbeschluss von März 2008, der die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Haus Opherdicke vorgesehen habe. Das Konjunkturprogramm II biete eine einmalige Möglichkeit, das Haus Opherdicke aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln etwas zu erreichen. Die FDP-Fraktion beantrage, den Ideenwettbewerb für das Haus Opherdicke nicht auf die halbierte Summe von 1,35 Millionen Euro zu begrenzen sondern durchaus die gesamten für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mitteln zugrunde zu legen. Sofern es sinnvoller erscheine, könne das Gesamtpaket im Rahmen der Ende August zu treffenden Entscheidung natürlich auch wieder geteilt werden.

Herr Jasperneite teilt mit, dass er den im Kreisausschuss schon angekündigten Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion an dieser Stelle mündlich vortragen wolle. Im Beschlussvorschlag der Verwaltung solle unter Punkt 2 zunächst der vorhandene Text („Die aus dem Konjunkturpaket II ....“) zu Punkt 2.1 werden mit folgenden Änderungen: Der Begriff „etwa hälftig“ solle gestrichen werden und „Haus Opherdicke und Ökologiestation Bergkamen-Heil“ in Klammern gesetzt und mit einem „z. B.“ versehen werden. Der Antrag der FDP-Fraktion solle als Punkt 2.2 aufgenommen werden. Im Anschluss erläutert er kurz diesen Antrag.

Frau Cziehso teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion nach einer Alternativbetrachtung für das Haus Opherdicke kurzfristig nachgegangen sei. Bei Betrachtung möglicher Maßnahmen wie dem Barockgarten, der Hofbefestigung oder der Anlage von Parkplätzen sei man allerdings zu dem Ergebnis

gekommen, eine solche Alternativberechnung abzulehnen. Die einzige Festlegung beim CDU-Antrag laute nach ihrer Einschätzung, die Mittel für kreiseigene Liegenschaften zu verwenden. Eine beispielhafte Nennung der Ökologiestation und des Hauses Opherdicke reiche der SPD-Fraktion nicht aus. Wie auch die Verwaltung sei ihre Fraktion der Meinung, dass Haus Opherdicke weiter entwickelt werden solle. Aber gerade der Ausbau der Öko-Station sei für die SPD ein immens wichtiges Projekt. Durch die Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten für Kinder und Schulklassen werde das Angebot der Einrichtung deutlich ausgeweitet und auch aufgewertet. Dazu biete es Arbeitsplätze für 15 Menschen mit Behinderungen, da der Betrieb durch eine Integrationsfirma betrieben werden solle. Die Unterstützung des Landschaftsverbandes hierfür sei zugesagt. Entsprechend werde die SDP-Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Herr Goldmann schließt sich für den Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausführungen von Frau Cziehso zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke sowie der Ökologiestation an. Allerdings stehe der CDU-Antrag dem nicht entgegen, da er keine Entscheidung präjudiziere, wohin die Mittel letztendlich fließen würden. Es mache durchaus Sinn, über belastbares Zahlenmaterial zu verfügen, wenn die endgültig Entscheidung anstehe. Er dankt der Verwaltung für die hervorragend erarbeitete Vorlage und erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Ausrichtung der Vorlage festhalten wolle.

Herr Gabriel betont, dass die Gruppe DIE LINKE. dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde.

Nach intensiver Diskussion insbesondere über mögliche Beschlussformulierungen wird die Sitzung auf Wunsch der SPD-Fraktion von 16.00 bis 16.10 Uhr unterbrochen.

Frau Cziehso schlägt vor, in dem Beschlusstext der Verwaltungsvorlage den Begriff „etwa hälftig“ durch den Begriff „gleichwertig“ zu ersetzen.

Es ergehen sodann folgende

<u>Beschlüsse</u>

1. Kombinierter Antrag von CDU- und FDP-Fraktion:

1. Förderbereich „Bildung“
   Die aus dem Konjunkturpaket II verfügbaren Mittel i.H. von 5,1 Mio € werden für zusätzliche energetische Sanierungsmaßnahmen am Lippe Berufskolleg (3,2 Mio €), am Märkischen Berufskolleg (1,0 Mio €) und an der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule (bis zu 0,9 Mio €) in den Jahren 2009 und 2010 eingesetzt.
2. Förderbereich „Infrastruktur“

2.1 Die aus dem Konjunkturpaket II verfügbaren Mittel i.H. von 2,7 Mio € sollen für bauliche Sanierungs-, Verbesserungs- und Neubaumaßnahmen im Bereich der kreiseigenen Liegenschaften eingesetzt werden (z. B. Haus Opherdicke und Ökologiestation Bergkamen-Heil) eingesetzt. Jeweilige Konzepte - Maßnahmen, Zeitrahmen, Kostenschätzung mit Folgekosten – sind bis Ende August d.J. zu entwickeln.

2.2 Der Ideenwettbewerb/Vorplanung mit Kostenschätzung für die Liegenschaft Haus Opherdicke soll im Budgetrahmen von bis zu 2,7 Mio. € vorgelegt und in zwei hälftigen Bauabschnitten dargestellt

werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (30 Ja-Stimmen CDU- und FDP-Fraktion und des Mitgliedes der STATT-Partei sowie 3 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der unter Nr. 2 Förderbereich „Infrastruktur“ in Satz 1 genannte Begriff „etwa hälftig“ wird durch den Begriff gleichwertig ersetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (29 Gegenstimmen der CDU- und FDP-Fraktion und des Mitgliedes der STATT-Partei sowie 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

3. modifizierter Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Förderbereich „Bildung“

   Die aus dem Konjunkturpaket II verfügbaren Mittel i.H. von 5,1 Mio € werden für zusätzliche energetische Sanierungsmaßnahmen am Lippe Berufskolleg (3,2 Mio €), am Märkischen Berufskolleg (1,0 Mio €) und an der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule (bis zu 0,9 Mio €) in den Jahren 2009 und 2010 eingesetzt.

2. Förderbereich „Infrastruktur“

   Die aus dem Konjunkturpaket II verfügbaren Mittel i.H. von 2,7 Mio € sollen **gleichwertig** für bauliche Sanierungs-, Verbesserungs- und Neubaumaßnahmen im Bereich der kreiseigenen Liegenschaften Haus Opherdicke und Ökologiestation Bergkamen-Heil eingesetzt werden. Jeweilige Konzepte – Maßnahmen, Zeitrahmen, Kostenschätzung mit Folgekosten – sind bis Ende August d.J. zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (29 Gegenstimmen der CDU- und FDP-Fraktion und des Mitgliedes der STATT-Partei sowie 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 13

012/09

Bauliche Maßnahmen an der Westicker Str. (K40) Lindenstr.(L 821) in Kamen

- Vereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW -

Beschluss

Der Kreistag genehmigt den vom Kreisausschuss am 23.03.2009 gem. § 50 Abs. 3 Satz 1 KrO NRW im Wege äußerster Dringlichkeit gefassten Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt, die beigefügten Vereinbarungen zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

035/09

Modernisierung der Ausstattung der Berufskollegs des Kreises Unna für das Jahr 2009

Beschluss

1. Dem Modernisierungsprogramm wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt,
2. die Ansätze des Haushaltsplanes 2009 werden als Eigenanteil eingebracht,
3. der Landrat wird beauftragt, notwendige Genehmigungen bei der Kommunalaufsicht zu beantragen,
4. die Abwicklung der Maßnahme im Haushaltsjahr 2009 erfolgt über- bzw. außerplanmäßig.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

192-1/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erinnert an die umfangreiche Vorgeschichte im Zusammenhang mit der Vorlage der Verwaltung und dem Antrag der CDU-Fraktion. Er betont, dass er die in der Kreisausschusssitzung am 26. Januar geäußerten rechtlichen Bedenken hinsichtlich der Übernahme der ADU-Aufgaben nach Erhalt eines entsprechenden Schreibens des Landesinnenministers nicht mehr aufrecht erhalte. Allerdings, so Herr Landrat Makiolla weiter, habe er über Herrn Hahn bereits am 21. April die CDU-Fraktion gebeten, ihren Antrag dergestalt zu präzisieren, dass das Ausmaß der Aufgabenübernahme klar bestimmt werden solle. Eine Antwort liege ihm bisher nicht vor.

Herr Jasperneite erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und stellt noch einmal fest, dass in den vergangenen Jahren niemand an der Qualität der Suchtthilfeberatung gezweifelt habe, sondern mit der Arbeit der ADU und der freien Träger zufrieden gewesen sei. Inzwischen ziehe sich der von Kreistag und Verwaltung angestrebte Umstrukturierungsprozess seit mehr als einer Wahlperiode hin und seine Fraktion sei der Meinung, dass der Knoten endlich durchgeschlagen werden müsse. Die Aufgabenübernahme durch den Kreis Unna betreffe sowohl die freiwilligen als auch die pflichtigen Aufgaben der ADU. Ob man diese Aufgabe letztendlich selbst wahrnehme oder durch eine andere Organisationsstruktur gewährleiste, sei dabei unerheblich. Es gehe vor allen Dingen auch darum, den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ADU Sicherheit für ihre Arbeitsplätze zu geben.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnert Frau Hosang an den langjährigen Prozess der Neustrukturierung und erklärt, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung keinesfalls folgen werde. Ursächlich sei dafür die nach der Vorlage vorgesehene Kostensteigerung um 40 % bis 2013. Diese Entscheidung stelle aber keine Entscheidung gegen die Subsidiarität dar. Dem CDU-Antrag könne ihre Fraktion zustimmen. Dieser Beschluss sei ebenfalls keine Entscheidung gegen die Subsidiarität, da der Kreis Unna nur die Dienstleistungsbereiche, die kein Träger bisher habe übernehmen wollen, als Aufgabe übernehmen solle.

Herr Wiggermann erklärt für die SPD-Fraktion die Unterstützung der Verwaltungsvorlage. Man strebe aber schon eine einvernehmliche Lösung an. Allerdings sei aus Sicht seiner Fraktion eine Übernahme der Aufgaben in den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz problematisch, was das Schreiben des Innenministers an den Landrat durchaus belege. Darüber hinaus müsse man sich auch Gedanken machen, wie der Stellenplan bewirtschaftet werden solle. Bei einer Übernahme wolle er im Sinne der Mitarbeiter vermeiden, dass sie und auch die Aufgabe im Rahmen der Haushaltsberatungen jedes Jahr wieder zur Disposition stünden. Man könne aber durchaus eine Übernahme der Aufgabe zustimmen, wenn man den Landrat beauftrage, die Organisationsstruktur noch einmal zu überlegen und ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Für die FDP-Fraktion stellt Frau Schaumann fest, dass man den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen werde.

Herr Gabriel teilt mit, dass die Gruppe DIE LINKE. der Verwaltungsvorlage, die lediglich der Einsparung von Personalkosten diene, nicht zustimmen werde. Mit Blick auf die mögliche Zwickmühle zwischen Legalitäts- und Opportunitätsprinzip könne man den Antrag der CDU-Fraktion ebenfalls nicht mittragen.

Nach kurzer Diskussion und entsprechender Nachfrage des Landrates erklärt Herr Jasperneite als Antragsteller, dass die Verwaltung aufgrund des CDU-Antrages Optionen prüfen solle, wie eine Übernahme der Aufgaben der ADU in neue Strukturen erfolgen könne. Diese Organisationsstruktur könne, müsse aber nicht mit kreiseigenem Personal wahrgenommen werden. Wichtig sei für seine Fraktion, dass die Beschäftigten in der Drogenberatung sich jetzt keine Sorgen um ihre Existenz machen müssten. Veränderungsbereitschaft gebe es nur dann , wenn eine Grundsicherung vorhanden sei.

Herr Landrat Makiolla sagt zu, dass die Verwaltung bei entsprechender Beschlussfassung bis zur nächsten Kreistagssitzung einen entsprechenden Vorschlag vorlegen werde.

Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion
Der Landrat wird beauftragt, analog zu dem in der Vorlage 192/08 vorgestelltem Modell (S. 6 und 7) die Aufgaben der ADU durch die Kreisverwaltung Unna zu übernehmen. Die hierfür notwendigen organisatorischen, personellen und finanziellen Schritte sind unverzüglich einzuleiten.

Die vollzogene Übernahme der Aufgaben der ADU in die Kreisverwaltung bedeuten eine Beendigung der Mitgliedschaft bei der ADU bzw. die Auflösung des Vereins.

Dem nächsten Kreistag wird über den Vollzug der Aufgabenübertragung Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE., 1 Enthaltung SPD-Fraktion)

Punkt 16

055/09

Aufklärungskampagne zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erinnert an den in der Kreistagssitzung am 27. Januar gefassten Beschluss zum Thema „Extremismus". Aufgrund dieses Beschlusses habe sich die Verwaltung vor einiger Zeit vom Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg, das angesiedelt sei beim Amt für Jugendarbeit der evangelischen Kirche von Westfalen, beraten lassen. Vorgeschlagen worden sei eine kreisweite Plakatkampagne „... hat keinen Platz für Rechtsextremismus", die jetzt gemeinsam mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durchgeführt werde. Die Plakate, die auf die jeweilige Kommune bzw. den Kreis bezogen würden, wolle man im öffentlichen Raum aufhängen. Diese Aktion solle die entsprechenden Aktivitäten vor Ort begleiten, denn er sei sich einig mit den Bürgermeistern, dass die „Hauptarena" des Kampfes gegen Rechtsextremismus in den Städten und Gemeinden liege. Die Aufgabe des Kreises liege mehr in der punktuellen Unterstützung der Maßnahmen und Gruppen oder auch in der Beratung beispielsweise durch die RAA. Zudem habe man in den letzten Jahren mit entsprechenden Mitteln bereits ungefähr 200 Deeskalationstrainer kreisweit ausgebildet, die an den Schulen und Jugendeinrichtungen arbeiten und sich u. a. mit dieser Problematik beschäftigen würden.

Herr Goldmann berichtet, dass die Vorkommnisse bei der Maikundgebung in Dortmund, die Schüsse auf das GRÜNEN-Büro in Unna sowie die in Holzwickede aufgetauchte Todesliste aktueller Anlass für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewesen sei. Er stellt fest, dass der Antrag auf dem Kreistagsbeschluss aus Januar 2009 beruhe und stellt den Inhalt des Antrages dar.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Ganzke die Aktion des Landrates als positives Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Es sei wichtig, auch im Kreistag immer wieder auf vorhandene Missstände hinzuweisen. Dies sei auch Hintergrund des ergänzenden Antrages der SPD-Fraktion. Es handele sich hier um ein Thema, das in der Mitte der Gesellschaft sei und dort auch bekämpft werden müsse. Dabei dürfe es nicht nur Lippenbekenntnisse geben und auch hier setze die vom Landrat initiierte Plakataktion kreisweit ein klares Zeichen.

Herr Senkel erinnert an den Beschluss vom 27. Januar 2009, um den gerade mit Blick auf die verschiedenen Formen von Extremismus lange gerungen worden sei. Insofern sei er schon erstaunt, dass sich die Kampagne des Landrates nur gegen Rechtsextremismus richte. Er könne insofern die Anträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenso wenig nachvollziehen. Die FDP-Fraktion werde beide Anträge ablehnen,

wenn nicht deren einseitige Ausrichtung auf Rechtsextremismus entsprechend relativiert werde.

Herr Landrat Makiolla betont, dass der Kreistagsbeschluss noch nicht abgearbeitet sei. Hinzu komme, dass er durch den Kreistag aufgefordert worden sei, eine interkommunale Abstimmung herzustellen. Diese Abstimmung in der Bürgermeisterkonferenz lautete einmütig, die Plakataktion mit eben dieser Zielrichtung durchzuführen.

Frau Müller-Hinz weist die FDP-Fraktion auf den jüngsten Verfassungsschutzbericht hin, der heute vom Bundesinnenminister veröffentlicht worden sei. Dabei sei eine Steigerung rechtsextremer Straftaten um 16 Prozent festgestellt worden. Auch sollte man sich, unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung, doch einig sein, dass der Kreis Unna nicht unbedingt von linksextremistischen Gewalttaten bedroht sei. Die Gefahr drohe doch eher von Rechts. Mit Befremden reagiere sie, so Frau Müller-Hinz weiter, auf das von Herrn Landrat Makiolla angesprochene mögliche Engagement der Firma kik. Dieses Unternehmen solle vielmehr seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Partner behandeln und menschenwürdige Löhne zahlen, um damit entscheidend gegen die Entstehung von Rechtsextremismus beizutragen.

Herr Krause zeigt sich hinsichtlich des SPD-Antrages insbesondere erfreut, dass es hier nicht nur um junge Menschen gehe, sondern auch die ältere Generation eingebunden sei.

Herr Jasperneite betont noch einmal die immense Wichtigkeit dieses Themas. Die Gefahr von Rechts sei in der hiesigen Region als größer zu erachten, was auch die intensive Kampfzelle, die sich in Dortmund gebildet habe, zeige. Als Kreis Unna müsse man hier Flagge zeigen, so dass die CDU-Fraktion beiden Anträgen zustimmen werde. Im Kreis Unna solle man auch künftig alles tun, damit die Rechtsextremen und auch die Linksextremen keine Basis erhielten.

1. **Antrag der SPD-Fraktion**
   Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen!
   Im Rahmen der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 27.01.2009 und in Ergänzung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.05.2009 wird der Landrat beauftragt, folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

   Rechtsextremismus in Deutschland und in anderen Ländern West- und Osteuropas verfolgt weitergehende Ziele als sich nur gegen Ausländer zu wenden. Er geht in seiner Zielsetzung heute weit über das Thema Ausländerfeindlichkeit und Rassismus hinaus. Dies muss bei allen Handlungskonzepten berücksichtigt werden.

   Eine funktionierende und lebendige Demokratie auf Basis von Toleranz und Vielfalt, Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit steht im Mittelpunkt unserer Bestrebungen. Denn genau diese Grundprinzipien unserer demokratischen Verfasstheit sind den Nazis von heute in Dom im Auge. Insofern verstehen wir den Rechtsextremismus vorrangig als politisches Problem und nur in zweiter Linie als pädagogische Aufgabenstellung.

   Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus geht es um die Stärkung von Demokratie auf allen Ebenen.

Dies ist zu allererst ein politischer Prozess! Pädagogische Initiativen eröffnen Räume, in denen sich Jugendliche und junge Erwachsene daran beteiligen können.

Rechtsextremismus ist kein ausschließliches Problem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch wenn die Bilder der Nazi-Aufmärsche einen solchen Eindruck vermitteln. Die populistischen Meinungen der Rechtsextremen wirken tief in die Erwachsenenwelt hinein. Daher ist ein Generationen übergreifendes Konzept gefordert. Aktionen und Projekte sind in derartiges Konzept einzubetten.

Es sollte der Eindruck vermieden werden, nur Jugendliche und junge Erwachsene wären Täter. Zugleich ist die Jugendarbeit als Ort einer nachhaltigen Demokratieförderung besonders hervorzuheben. Eine Aufgabe, die die Schule aus Sicht der Schülerinnen und Schüler ergänzen kann.

Demokratieförderung ist auf Dauer anzulegen. Ein Ansatz kann es sein, Jugendliche und junge Erwachsene vor Ort mit den Akteuren der Demokratie ins Gespräch zu bringen. Dazu bietet sich vorzugsweise die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule an. Jugendliche und junge Erwachsene müssen Träger und Akteure der Aktivitäten sein. Die Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden und der Jugendämter kann dies sicherstellen. Der Gefahr, dass sich junge Menschen instrumentalisiert und nicht beteiligt sehen, wird somit begegnet.

Wesentlicher Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus stellt die Erinnerungsarbeit dar. Ohne Erinnerung keine Zukunft. Jugendliche und junge Erwachsene sollten hier zu Trägern der Arbeit werden. Junge Menschen sind darin ernst zu nehmen, indem sie selbst zu Akteuren werden und nicht bloße Zuschauer bleiben. Die vielerorts bekannte Aktion Stolpersteine stellt ein beeindruckendes Beispiel für jugendliches Engagement dar. Die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollte, wie am Beispiel der Aktion Stolpersteine, über Aufklärung hinaus Möglichkeiten des konkreten Engagements aufzeigen.

Dies heißt im Besonderen für den Kreis Unna:
1. Der Kreis Unna zeigt Verantwortung
Gleichgültigkeit im Alltag ist ein Einfallstor für die Verankerung rechtsextremistischer Denk- und Handlungsweisen in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb erteilen wir jeglicher rechtsextremistischer und rassistischer Agitation und Gewalt eine klare Absage.

2. Der Kreis Unna stärkt zivilgesellschaftliches Engagement
Wir wollen mit Kampagnen das zivilgesellschaftliche Miteinander und das demokratische Zusammenleben stärken. Der Kreis Unna unterstützt die auf ihre jeweiligen Strukturen angepassten Aktivitäten der Städte und Gemeinden.

3. Der Kreis Unna stärkt zivilgesellschaftliches Engagement
Wir setzen im Kreis Unna auf ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement. Wir setzen auf Kooperation unterschiedlicher öffentlicher und kommunaler Einrichtungen mit Bürgerhäusern, Volkshochschulen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen

Begegnungsorten, Vereinen und Initiativen.

4. Der Kreis Unna fördert Bündnisse gegen Rechts
Wir unterstützen lokale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz, in denen Vertreter möglichst vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen, Vereinen und Institutionen mitwirken.

5. Der Kreis schafft demokratische Identifikationsangebote
Alle gesellschaftlichen Akteure sind aufgerufen, zu überlegen, wie Kinder und Jugendliche in geeigneter Form in demokratische Entscheidungsprozesse in ihrem Lebensraum einbezogen werden können. Der Kreis Unna ergreift hierzu die Initiative.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt (4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

2. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Der Kreistag beschließt eine Öffentlichkeitskampagne „bunt statt braun – für eine offene Gesellschaft gegen Gewalt und Rassismus“. Mit dieser Kampane in der zweiten Jahreshälfte 2009 soll den rechtsextremistischen Kräften Einhalt geboten werden.

1. Zentrales Element der Kampagne ist ein Ideenwettbewerb an allen Schulen des Kreisgebietes, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen möchten. Die inhaltliche Auseinandersetzung mündet in einen Plakatentwurf. Ausgezeichnete Entwürfe werden in einer kreisweiten Plakatierung in öffentlichen Gebäuden, Plakatwänden sowie in den Bussen der VKU in der zweiten Jahreshälfte 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt.
2. Die Kreisverwaltung bemüht sich in Absprache mit den weiterführenden Schulen des Kreisgebietes um eine Wanderausstellung zu dem Thema, die an den sich beteiligenden Schulen zur Ausstellung kommt.
3. Details und weitere Ideen werden den Fraktionen (Ältestenrat) vorgetragen.
4. Die Kampagne bewegt sich finanziell in dem vom Kreistag bereits vorgegebenen Rahmen. Näheres wird vom Fachbereich Schule und Bildung erarbeitet.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt (4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Streik an kommunalen Kindertagesstätten
Herr Landrat Makiolla berichtet, dass sich die Beschäftigten des Kreis-Kindergartens „Villa Kunterbunt“ in Fröndenberg-Ardey gegen eine Teilnahme an den aktuellen Streiks entschieden haben. Ihm liege eine E-Mail der Eltern von Kindergarten-Kindern vor, in dem diese die Arbeit der Erzieherinnen loben und betonen, wie wichtig eine Wertschätzung auch durch eine entsprechende Bezahlung sei.

Herr Landrat Makiolla zitiert daraus:
„Erzieherinnen sind mehr als Beaufsichtiger, Hauswirtschaftler und Poabputzer. Sie sind für unsere Kinder Vorbild, Lehrmeister, Physio- und Psychotherapeut, Freund und Kuscheltier. Für uns Eltern sind die Erzieherinnen der „Villa Kunterbunt“ immer kompetente und hilfsbereite Ansprechpartner. Trotz stetig wachsender Ansprüche, die an die Erziehung unserer Kinder gestellt werden, trotz nur mäßig zur Verfügung stehender Mittel meistern die Erzieherinnen ihre Aufgaben auf hohem Niveau. Erzieherinnen fördern die Sozialkompetenz unserer Kinder. Sie leisten täglich ihren Beitrag, Kinder zu Menschen zu machen, die als Erwachsene in der immer anspruchsvolleren Gesellschaft bestehen können. Dafür verdienen sie die Anerkennung der Eltern und die Anerkennung in der Gesellschaft.“

2. **Negatives Eigenkapital in der Eröffnungsbilanz**
Bezugnehmend auf die Diskussion zum Tagesordnungspunkt fragt Herr Jasperneite an, ob es richtig sei, dass ein negatives Eigenkapital in der Eröffnungsbilanz einen rechtswidrigen Zustand bedeute.

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass die aktuelle Situation des Kreises Unna wohl ein einmaliger Vorgang sei, der im Gesetz so nicht vorgesehen sei. Man könne diesen durchaus als rechtswidrig bezeichnen. Da dieser Zustand nicht von Dauer sein dürfe, gebe es in Absprache mit dem Regierungspräsidenten und dem Innenminister nun ein Haushaltssicherungskonzept, das in spätestens drei Jahren einen gesetzeskonformen Zustand sicherstelle.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 18

029/09

Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Punkt 19

044/09

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna
- Vergabe des Auftrages für die Außenanlagen -

Punkt 20

024/09

Anzeige von Nebentätigkeit des Landrates gemäß § 18 Abs. 2 Korruptionsgesetz NRW

Punkt 21

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.35 Uhr

Makiolla	Waßen
Vorsitzender	Schriftführerin